

## BUCHBESPRECHUNGEN

- Fuß, Jürgen P.: *Erdogan – ein Meister der Täuschung. Was Europa von der Türkei wirklich zu erwarten hat* (Georg F. Simet)..... 112
- Lepsius, Oliver / Reinhart Meyer-Kalkus (Hg.): *Inszenierung als Beruf. Der Fall Guttenberg* (Helge F. Jani)..... 113
- Rodrik, Dani: *Das Globalisierungs-Paradox. Die Demokratie und die Zukunft der Weltwirtschaft* (Bernd M. Malumat)..... 115
- Sen, Amartya: *Die Identitätsfalle – Warum es keinen Krieg der Kulturen gibt und ders., Die Idee der Gerechtigkeit* (Alois Riklin)..... 116

Jürgen P FUSS: *Erdogan – ein Meister der Täuschung. Was Europa von der Türkei wirklich zu erwarten hat. Belheim-Schnellbach 2011: Verlag Bublies, 294 Seiten, 19,80 €*

Im Vor-Vorwort – »Warum Sie dieses Buch lesen sollten« (S. 5) – fasst der Autor sein Buchprojekt zusammen: Ziel ist es zu zeigen, »wie sich Europa gegen unerwünschte Auswirkungen [der türkischen Politik] schützen kann und muss.« Denn Fuß ist überzeugt: »Je größer Erdogans Macht wird, desto weniger wird die Europäische Union vom Land am Bosphorus profitieren«, da Premierminister Recep Tayyip Erdoğan »ein zweites Osmanisches Reich« anstrebe und dieses Vorhaben umso offensiver vorantreiben werde, je weniger Rücksicht er auf andere Parteien und Gruppierungen im In- und Ausland (so auch die EU) nehmen müsse. Diese »zentrale These des Buches« entfaltet Fuß anschließend auf insgesamt 270 Textseiten.

Obwohl Fuß schon zu Beginn betont, dass er »knapp sechs Jahre in der Türkei gelebt« hat (S. 6), stützt er seine Argumentation weitgehend auf Fakten, die aufmerksamen deutschen Zeitungslesern aus Berichten über Erdoğan, über die AKP, über

die Türkei vertraut sind. Eine Auswertung von (türkischen) Originalquellen – beispielsweise der offiziellen AKP-Verlautbarungen – fehlt. Zudem sind einige Behauptungen zumindest ungenau und irreführend. So behauptet Fuß, »dass Arabisch bis heute in der Türkei eine Fremdsprache ist« (S. 254). Hätte Fuß jedoch (nicht nur Istanbul, sondern auch) den Südosten der Türkei bereist, hätte er festgestellt, dass dort eine Minderheit, in einigen Gegenden entlang des syrisch-irakischen Grenzverlaufs sogar die Mehrheit Arabisch als Muttersprache spricht. Interessant in diesem Zusammenhang ist die »neue« Sprachenpolitik der AKP. Unter der Überschrift »die Muttersprache (zu sprechen) ist ein von Allah verliehenes Recht« (*Ana dil, Allah'ın verdiği haktır*) verkündet Bülent Arınç, Erdogans Stellvertreter, auf der AKP-Homepage, dass jeder das Recht haben müsse, »Tscherkessisch, Arabisch, Georgisch, Kurdisch zu sprechen«, wenn er dies wolle. Die Bedeutung solcher Neuerungen ist aber nur im gesamtgesellschaftlich-politischen Kontext überhaupt fassbar und bewertbar. Das Verständnis von *Türkentum* (*Türklük*), das u. a. auch in § 301 Strafgesetzbuch zum Ausdruck kommt, steht in Widerspruch zu diesem wie zu vielen anderen politischen Vorhaben. Die türkische Politik – nicht nur der AKP – ist, will sie nicht-nationalistisch sein, a priori auf Konflikt mit der eigenen Verfassung programmiert. Es ist daher zu fragen, inwiefern anti-nationalistische Neuerungen überhaupt ohne *Täuschung* angestoßen und durchgesetzt werden können.

Die das ganze Buch durchziehende Tendenz zur Pauschalisierung, zur Einseitigkeit und der dürftige Primärquellenbezug mindern die Überzeugungskraft, Erdoğan als *Schurken*, als »Meister der Täuschung« faktisch und objektiv nachvollziehbar aus- und nachzuweisen. Dies ist bedauerlich. Denn Erdogans Haltung ist durchaus ambivalent. Doch nur eine dezidierte, vorurteilsfreie Auseinandersetzung mit den innertürkischen Konfliktthemen (im Original) könnte aufzeigen, welchem Zweck die *Täuschung* (sofern sie denn überhaupt vorliegt) dient.

Lesenswert hingegen sind die ersten zwei Kapitel des Buchs. Zunächst wird Erdogans Herkunft

detailliert und facettenreich entfaltet. Anschließend gibt Fuß einen kurzen Abriss über Erdogans »Weg zur Macht (1994 bis 2002)«. Die Menschen und Strömungen, die Erdogans politischen Weg maßgeblich beeinfluss(t)en, werden angemessen dargestellt und charakterisiert. Auch weist Fuß zu Recht darauf hin, dass Erdoğan selbst aus dem Ausland Ermutigung und Unterstützung erfuhr. Es scheint sogar, dass »politische Kräfte außerhalb der Türkei ein starkes Interesse an einem Sieg der AKP hatten.« (S. 83) Leider gibt Fuß hierfür nur wenige Beispiele. Auch zeigt er nicht, inwiefern sich die Rezeption Erdogans bereits ändert(e).

Weniger gelungen sind die beiden nachfolgenden, weit umfangreicheren Kapitel. Zum einen ist die zeitliche Aufteilung nicht eindeutig – Abschnitt 3 behandelt den Zeitraum 2003 bis 2010, Abschnitt 4 setzt mit Entwicklungen ab 2008 ein. Zum anderen sind die angesprochenen Themen nicht detailliert genug, noch in ihrer Komplexität zureichend ausgeführt. Nationalismus und sunnitischer Islamismus sind ja nicht nur Teil der AKP-Kultur, sondern ein gesamtgesellschaftliches Phänomen. Auch vielen Kemalisten sind *nicht-türkischstämmige*, *nicht* türkisch als Muttersprache sprechende und/oder *nicht*-sunnitische Mitbürger suspekt. Auch die wiederauflebende Glorifizierung des Osmanenreichs ist nicht auf die AKP begrenzt. Im offiziellen Programm zu Istanbul als Kulturhauptstadt 2010 ist der Bezug auf die verlorene einstige osmanische Macht, Pracht und Bedeutung – von Orhan Pamuk liebevoll mit *büzün* (Melancholie) umschrieben – eindeutig: Istanbul wird nicht als Kulturhauptstadt Europas, sondern der Welt inszeniert. Bezüge auf diese ambivalente Grundbefindlichkeit zwischen Selbstüberschätzung und Trauma fehlen in Fuß' Erläuterungen. Hierdurch wird nicht deutlich, inwiefern Erdoğan und die (von ihm dominierte) AKP sich lediglich konform zu den Wertvorstellungen der Massen und des Mainstreams verhalten und inwiefern sie diesen entgegengesetzte, divergente Akzente setzen bzw. zu setzen versuchen. Zudem wäre ein Rekurs auf und ein Vergleich mit den anderen Parteien (und deren Programmen, Führungspersonal und Organisationsformen) hilfreich, um aufzuzeigen, warum die AKP unter Erdoğan eine so mächtige Volksbewegung (geworden) ist. Völlig unterschlagen wird zudem das Verhältnis Erdogans und der AKP zu *public intellectuals*; lediglich das Spannungsverhältnis zu den

Journalisten, zur Kritik an Erdoğan in den Medien sowie Erdogans Reaktionsmuster auf Kritik werden gestreift.

Fazit: Fuß' Buch ermöglicht einen detaillierten Blick in Erdogans politische Entwicklung und greift viele wichtige Aspekte der Diskussion des Für und Wider eines EU-Beitritts der Türkei auf. Aufgrund seiner auf Agitation ausgerichteten Argumentation dürfte es Fuß jedoch kaum gelingen, Unvoreingenommene von seiner pauschal-, negativ-, einseitigen Sicht auf Erdoğan als »Meister der Täuschung« zu überzeugen.

Georg F. Simet

Oliver LEPSIUS und Reinhart MEYER-KALKUS (Hrsg.): *Inszenierung als Beruf. Der Fall Guttenberg*, Berlin: edition Suhrkamp, 2011, 215 Seiten, 10 €

Die Fallhöhe war immens. Wer als Politiker keine Gelegenheit auslässt, in einer kaum ermüdenden Suada die Unverzichtbarkeit von Anstand und Moral in der Politik zu betonen, bewegt sich auf dünnem Eis. Ungewöhnlich steile Aufstiege von Politikern, denen ein ebenso jähes Ende folgte, hat es bisher immer wieder gegeben. Dass allerdings ein Bundesminister wegen wissenschaftlichen Fehlverhaltens zurücktreten musste, markiert ein Novum in der deutschen Politik.

Die Popularität Karl-Theodor zu Guttenbergs speiste sich wesentlich durch die ständige Betonung von Werten, ethischen Maßstäben und Moral. Doch gleichzeitig verblassten in dieser konstanten rhetorischen Hintergrundbestrahlung substantielle politische Inhalte. Im uniformen Alltag der Berliner Politik trat Karl-Theodor zu Guttenberg zunächst als scharfkantiges Gegenbild zum Standardpolitiker auf. Den CSU-Politiker umwehte die Aura einer Lichtgestalt und viele Beobachter sahen in dem Jungpolitiker sehr rasch jemanden, der noch zu höheren Ämtern berufen sei.

Am 16. Februar 2011 berichtete die Süddeutsche Zeitung erstmals über einen erhärteten Verdacht, die juristische Dissertation des Bundesverteidigungsministers enthalte nicht gekennzeichnete Passagen aus fremden Texten. Nachdem sich in den dann folgenden zwei Wochen die Arbeit als nachweislich überwiegend plagierter Textkörper herausstellte, legte Minister zu Guttenberg sein Amt am 1. März nieder. Unter der Leitung des

Staatsrechtlers Oliver Lepsius, Nachfolger auf dem Lehrstuhl des Doktorvaters von Karl-Theodor zu Guttenberg an der Universität Bayreuth, fand am 18. April 2011 ein Workshop am Wissenschaftskolleg zu Berlin mit dem Titel »Zur Rhetorik akademischer und politischer Selbstdarstellung: der Fall Guttenberg« statt. Die wissenschaftlich-analytischen Erträge liegen nun als kompakte Gesamtdarstellung vor. Der Titel dieser in jeder Hinsicht gelungenen und durchaus doppeldeutig zu verstehenden »Fall-Studie« trägt programmatischen Charakter. Max Webers Traktat über *Politik als Beruf*, das durch die Formulierung vom »starken, langsamen Bohren von dicken Brettern mit Leidenschaft und Augenmaß« unsterblich geworden ist, dient als Kontrastfolie für die Politik zu Guttenbergs. Gegliedert in drei Abschnitte beleuchtet das Buch die öffentliche Diskussion des Falles, das Verhältnis von Wissenschaftlichkeit und Politik sowie stilistische Aspekte der Person zu Guttenberg.

In der Einleitung der Essaysammlung bekennt der Jurist Lepsius, dass das Plagiat zu Guttenbergs aus juristischer Sicht »wenig hergibt« (S. 17). Dennoch liegt hier ein »ungewöhnlicher Fall« vor, »denn normalerweise lösen die Juristen Fälle, die aus anderen Lebensbereichen stammen. Hier nun lösen andere Disziplinen einen Fall, der aus der Juristerei stammt« (S. 17). Insgesamt dreizehn Beiträge aus verschiedenen Disziplinen untersuchen den Facettenreichtum der Affäre. Neben philosophischen, soziologischen und historischen Interpretationen erscheinen zudem journalistische Kommentierungen, die die Causa zu Guttenberg im politischen Zeitgeschehen verorten.

Anstand, Etikette und ein wiederkehrender Schuss öffentlich zur Schau gestellte Demut gehörten zu den Stilelementen im Auftreten des Ministers zu Guttenberg. Doch in der Summe traten Stilfragen an die Stelle von Politik. »Freilich zeigt sich hier«, so Oliver Lepsius, »eine paradoxe Begegnung, Politik gerade durch die Entleerung der Inhalte und die Substitution des Inhalts durch Form dem Mann auf der Straße nahe zu bringen« (S. 13). Die beinahe dauerhaft zelebrierte Pose des selbsternannten »Anti-Politikers« (S. 13) verbarg politische Inhalte. Auch in der Anfertigung einer wissenschaftlichen Arbeit, die ein freihändig komponiertes Arrangement fremder Textstücke war und die sich am Ende als lupenreines Plagiat erwies, zeigte sich ein überaus zweifelhaftes Ver-

ständnis von Substanz. »Der Fall Guttenberg«, so lautet das Resümee von Lepsius, »steht daher auch für einen fortgesetzten Irrtum, der Collage für Wissenschaft hielt, Form für Politik und der die subjektive Wahrnehmung zum objektiven Maßstab erklärte« (S. 15).

Während die Internet-Gemeinde begann, die Missachtung wissenschaftlicher Regeln zu enttarnen, hielt die Bild-Zeitung zunächst noch zum Minister. Nachdem sie ihn medial auf Händen getragen hatte, gab sie noch in seiner größten Not zugewandte Sympathiebekundungen ab. Durch diese Schützenhilfe, die das Boulevard-Blatt leistete, sieht Uwe Pörksen den Minister in der Rolle eines »Mediencondottiere«. Die Bild-Zeitung hatte sich frühzeitig auf die Seite des Ministers geschlagen »und spielte auf seinem Wunschbild der Volksseele das Lied des Heilsbringers, der vom Schloss und seinen Wäldern herabgestiegen war zu uns allen« (S. 31).

Thomas Steinfeld analysiert, wie Karl-Theodor zu Guttenberg durch das fehlende Erkennen inhaltlicher Leihnahmen eine »Fassade von Wissenschaft«, so auch der Titel des Kapitels, hochgezogen hat. Entstanden ist eine Arbeit voller inhaltlicher und stilistischer Brüche, »nach beinahe jeder solchen Fügung schloss sich in dieser Dissertation ein neuer, diskontinuierlicher Gedanke an, ein fremdes Bild, eine ruckartige Verschiebung der Argumentation« (S. 47). Auch der »Kitt der Füllwörter« (S. 47) vermochte es am Ende nicht, diese Scheinwelt aufrechtzuerhalten.

Wie virtuos sich der Verteidigungsminister durch rhetorische Kunstgriffe und politisches Stilbewusstsein in Szene gesetzt hat, thematisiert der Literaturwissenschaftler Reinhart Meyer-Kalkus. Im Subtext des öffentlich geäußerten Wortes des Ministers stand immer die Wichtigkeit von Moral und Ehre. Wo die notwendige Sachauseinandersetzung im Vordergrund zu stehen hatte, führte zu Guttenberg eine »Stildiskussion« (S. 128). In der öffentlichen Perzeption »brachte er Glamour ins Regierungsgeschäft und konnte die Abstände zwischen Politik und Showbusiness spielerisch verkürzen. Man hätte ihn sich beinahe ebenso gut als Nachfolger von Angela Merkel wie als Nachfolger von Thomas Gottschalk vorstellen können« (S. 138).

Die öffentlichkeitswirksame Pose des Verteidigungsministers nimmt der Kunsthistoriker Johannes von Müller zum Ausgangspunkt seiner Über-

legungen. Ein Foto, das den Minister in voller Fliegermontur vor einem Kampfjet zeigt, wird hier in direkte Verbindung zu den in Öl schwimmenden italienischen und flämischen Heldenmalereien des 16. und 17. Jahrhunderts gesetzt. Derlei Inszenierungen wertet von Müller als erkennbare Verschiebungen in der angestammten Staatsikonographie der Bundesrepublik. War es über viele Jahrzehnte der Duktus der Bescheidenheit und die Geste der Selbstverkleinerung, gilt ein derartiges Bildprogramm nunmehr als »Indikator für sich wandelnde Erscheinungs- und Kommunikationsformen der Politik einerseits wie auch sich verändernde Bedürfnisse innerhalb der Gesellschaft andererseits« (S. 166).

Der Grund des Rücktritts war am Ende nicht bloß eine Marginalie, keine Affäre um fehlende Anführungszeichen; es ging auch nicht um Fußnoten, wie Peter von Becker konstatiert, »sondern um den Haupttext. Um die Kopfnote« (S. 149).

Alle Beiträge bestechen durch analytischen Tiefgang und sprachliche Stärke; die Texte sind ein Lesegenuss. Beim vorliegenden Band handelt es sich nicht um eine juristische Fallsammlung. Beleuchtet wird eine schillernde Ministerpersönlichkeit in ihrer Anziehungskraft und ihren Verfehlungen. Deutlich wird, wie stark Karl-Theodor zu Guttenberg zur Projektionsfläche eines lang herbeigesehnten Politikertypus geworden ist. Die Bewunderer des CSU-Politikers, so analysiert der Soziologe Tilman Allert, sahen »in Guttenberg jemanden, der der tagtäglichen Politik des »muddling through«, den für faul gehaltenen Kompromiss des politischen Betriebs, den Anstrengungen von Kampf, Streit und nur relativ befriedigender Entscheidungen die klare Sprache einer ethischen Vollkommenheit entgegengesetzt« (S. 104). Die Kunst des politischen Handwerks braucht am Ende allerdings den Politiker, der in der nicht abreißenden Flut der Aktenvermerke, Memoranden und Referentenentwürfe, in unzähligen Verhandlungsrunden sowie Konsensgesprächen Beharrlichkeit zeigt und damit dem politischen Programm durch kleine Schritte zu fassbarer Substanz verhilft.

*Helge F. Jani*

*Dani RODRIK: Das Globalisierungs-Paradox. Die Demokratie und die Zukunft der Weltwirtschaft, aus dem Englischen von Karl Heinz Siber, München 2011, C. H. Beck, 416 Seiten, 24,95 €*

David Ricardos Theorie der »komparativen Kostenvorteile«, die die theoretische Rechtfertigung des internationalen Handels lieferte, wird seit geraumer Zeit kaum noch in Zweifel gezogen. Auch Dani Rodrik, ein amerikanischer Ökonom türkischer Abkunft, singt noch das Hohelied des Freihandels – allerdings mit deutlichen Einschränkungen. Die ökonomische Globalisierung, die außer in der Öffnung der Märkte insbesondere in der Senkung der vielfältigen Transaktionskosten besteht, war eine Erfolgsgeschichte. Dazu könnte sie auch wieder werden, allerdings nur dann, wenn sie verbesserte Rahmenbedingungen erhält. Rodrik diagnostiziert nämlich eine Phase, die er als Hyperglobalisierung bezeichnet, in der so manches aus dem Ruder gelaufen ist. Unter Hyperglobalisierung versteht der Autor strikte Vorgaben des Welthandelsabkommens (WTO) und des Internationalen Währungsfonds (IMF), deren Einhaltung geradezu erzwungen wird. Die Folge ist, dass den Mitgliedsländern kaum Möglichkeiten bleiben, eigene wirtschaftliche und politische Vorstellungen zu verfolgen.

Dieser interessante Ansatz eines engagierten Politik-Ökonomen ist aber verkürzt. Die Globalisierung zumindest der letzten Dekaden war insbesondere eine Globalisierung unkontrollierter Finanzbewegungen (die er dem Maastricht-Vertrag anlastet, obwohl sie doch von Thatcher und Reagan ausgingen); davon aber ist gerade noch am Rande die Rede.

Der Autor plädiert für eine intelligente statt maximale Globalisierung wie sie durch die Vorgaben des Welthandelsabkommens und des Internationalen Währungsfonds gefordert wird. Dem Ziel einer intelligenten Globalisierung steht nach seiner Ansicht aber ein sogenanntes »politisches Trilemma der Weltwirtschaft« entgegen: politische Demokratie, Nationalstaat und Hyperglobalisierung seien nämlich unvereinbar. Der Autor plädiert daher zwar für eine Fortsetzung der globalen wirtschaftlichen Integration mit möglichst niedrigen Transaktionskosten, bei der die Staaten aber in der Lage bleiben müssen, ihre inneren Angelegenheiten, also etwa soziale Standards, Arbeitsbedingungen, Umweltschutz usw. weitgehend demokra-

tisch zu regeln – für eine gewissermaßen »schlanke« Globalisierung also. Das erfordert einen schwierigen Balance-Akt, weil zu befürchten steht, dass dadurch ein den Handel erschwerender Protektionismus wiederbelebt wird. Zur Lösung dieses Problems vermag Rodrik keine wirklich überzeugenden Vorschläge zu unterbreiten. Zwar führt er die beiden erfolgreichsten Protagonisten der Globalisierung ins Feld, China und Indien, die sich den Vorgaben von WTO und IWF weitgehend entzogen und demonstriert haben, dass sie mit dem Verzicht auf die Freigabe des Kapitalverkehrs sehr gut gefahren sind; zum Vorbild taugen sie aber gleichwohl nicht.

Fraglos richtig scheint allerdings die Richtung der Überlegungen des Polit-Ökonomen. Unser Leben wird von ökonomischen Lehren, ökonomischen Lehrern und ökonomischen Vorschriften so sehr geprägt, dass eine wieder wachsende Zahl von Menschen – auch in der Europäischen Union – sich Nationalismen verschreibt. Das dürfte auch auf diese ökonomische Entmündigung zurückzuführen sein, die von ungreifbaren internationalen – also undemokratischen, bürgerfernen und entsprechend unverständlichen und unkontrollierbaren – Mechanismen und Akteuren insbesondere des Finanzsektors ausgeht, ohne dass jemand die Ursachen und Wirkungen der ökonomischen »Märchen« (so Rodrik wörtlich) völlig durchschauen würde.

Von besonderem Interesse ist in diesem Zusammenhang, dass, wie Rodrik deutlich macht, ökonomische Lehren ein gewisses Maß an Willkürlichkeit aufweisen, Trends und Moden unterworfen sind, die an Universitäten oder in sogenannten Denkfabriken entworfen werden. Aber niemand weiß, weshalb es plötzlich zu einem Theorie-Wechsel kommt. In den Medien werden die neu in Kraft gesetzten Ideen aber als Selbstverständlichkeit verkauft – bis zum vorläufig letzten Banken-Crash im Jahr 2008 auch hierzulande. Aufgrund dieser geradezu dilettantischen Meinungsmache haben viele Menschen nicht nur Hab und Gut sondern auch Vertrauen verloren.

Daran schließt sich die Frage nach dem *cui bono* an, konkret: Wer profitiert davon, wenn Universitäten, Denkfabriken und dann WTO und IMF ihre Modelle auswechseln. Es steht außer Frage, dass gegenwärtig die größten Probleme von der finanziellen Globalisierung ausgehen. Rodrik beschäftigt sich mit diesem rein spekulativen Bereich

zwar in zwei Kapiteln, doch wirklich behandelt wird der Problembereich nicht. Es bleibt völlig unerörtert, worum es dabei eigentlich geht, was dadurch ausgelöst wird, wer davon profitiert und wer zahlt. Bekannt ist lediglich die geradezu unvorstellbare Summe von grob 3 Billionen US-Dollar, die tagtäglich die Erde umrunden. Mit Globalisierung hat das nur insofern zu tun, als die Transaktionskosten für spekulative Transfers offenbar viel zu niedrig sind, mit freiem Handel, der allen Beteiligten zugute kommen könnte, nicht das Geringste. Diese Gelder werden nicht produktiv investiert, weil sie sogleich abtauchen, um in Sekundenschnelle andernorts wieder aufzutauhen. Dass sich der Autor mit diesem negativsten Aspekt der Globalisierung nicht intensiver auseinandersetzt, ist ein deutlicher Mangel. Nicht zuletzt auch deshalb, weil eine auch nur geringe Besteuerung (*»Tobin Tax«*) dieser Spekulations-Transfers sowohl zu deren wünschenswerten Reduzierung führen wie zugleich namhafte Einnahmen in die öffentlichen Kassen spülen würde, welche für das seit Jahren andauernde Desaster einzustehen geradezu gezwungen sind.

Rodrik versucht, aus den Mängeln der Hyperglobalisierung die Lehren für einen allseits vorteilhaften internationalen Waren- und Kapitalverkehr zu ziehen, der unabdingbar der »sichtbaren Hand« der Staaten bedürfe. Angesichts der nach wie vor dominierenden Globalisierungs-Profiteure und dem Mangel an »aufgeklärter« Literatur ist trotz der Lücken auch diese breit angelegte Darstellung zu empfehlen, weil sie in unüblicher Offenheit die gefährlichen demokratischen Defizite des globalisierten Welthandels offenlegt.

Bernd M. Malunat

*Amartya SEN, Die Identitätsfalle – Warum es keinen Krieg der Kulturen gibt. Aus dem Englischen von Friedrich Griese, 3. Auflage, München 2007, C. H. Beck, 208 S., 19,90 € und ders., Die Idee der Gerechtigkeit. Aus dem Englischen von Christa Krüger, München 2010, C. H. Beck), 493 S., 29,95 €*

Amartya Sen, Nobelpreisträger für Ökonomie, gesteht eine »Liebesaffäre mit der Philosophie«. Daraus sind zwei meisterhafte Bücher hervorgegangen. Außergewöhnlich ist nicht nur Sens Liebesbeziehung, sondern auch seine asiatische und

westliche Sozialisierung. Geboren 1933 in Westbengalen als Sohn eines Universitätsprofessors und aufgewachsen in einer hinduistisch geprägten Familie, studierte er in Kalkutta und Cambridge/GB, war Professor an der London School of Economics and Political Science sowie an den Universitäten von Oxford und Cambridge und lehrt heute als 78-jähriger immer noch an der Harvard University. Seine verstorbene zweite Gattin war Italienerin und Tochter eines von den Faschisten ermordeten Philosophieprofessors. Den Nobelpreis erhielt Sen 1998 für seine wirtschaftsethisch ausgerichteten Arbeiten zu Armut, Wohlfahrtsökonomie und wirtschaftlicher Entwicklung. Mit über neunzig Ehrendoktoraten ist er weltrekordverdächtig.

Das kleinere, leicht verständliche Buch mit dem deutschen Titel *Die Identitätsfalle* und dem nicht korrekten deutschen Untertitel *Warum es keinen Krieg der Kulturen gibt* ist auf Englisch schon 2006 erschienen, aber angesichts der grassierenden Islamphobie nach wie vor hochaktuell. Es ist ein schonungsloser Verriss des Bestsellers *The Clash of Civilizations* seines Harvard-Kollegen Samuel Huntington. Bekanntlich hat der notorische Feindbilderproduzent und Regierungsberater die Welt nach religiös-kulturellen Kriterien in acht Regionen aufgeteilt: der sinisch-chinesische Kulturkreis, der japanische, der hinduistische, der islamische, der westliche usw. Sen wirft Huntington mangelhafte Geschichtskennntnis, Missachtung der Verschiedenheiten innerhalb der Kulturen, Ignoranz der interkulturellen Wechselbeziehungen und eine überhebliche Auffassung der »westlichen Kultur« vor. Insbesondere kritisiert er den kapitalen Irrtum, Individuen, Länder und ganze Kontinente auf eine einzige Identität zu reduzieren. Indien zum Beispiel ist in der simplen Wahrnehmung Huntingtons hinduistisch, obwohl dort u. a. 145 Millionen Muslime leben, mehr als in jedem anderen Land mit Ausnahme Indonesiens und Pakistans, und obwohl in der säkularen Republik Indien nach den Wahlen von 2004 der Staatspräsident ein Moslem, der Premierminister ein Sikh und die Vorsitzende der Regierungspartei eine Christin war. Jeder Mensch, so die Kernthese von Sen, besitzt gleichzeitig eine Vielzahl von Identitäten, und was schon für jedes Individuum zutrifft, gilt erst recht für ganze Länder und länderübergreifende Regionen. Nicht ohne Ironie outet Sen sich selbst als Asiate, in den USA und Grossbritannien

wohnhafter Bürger Indiens, Ökonom, philosophischer Dilettant, Autor, Sanskritist, Laizist, Feminist, Heterosexueller, Verfechter der Rechte von Schwulen und Lesben, Individuum mit einem areligiösen Lebensstil und hinduistischer Vorgeschiede, Nicht-Brahmane sowie Ungläubiger bezüglich eines Lebens vor der Geburt und nach dem Tod. Sen ist zuzustimmen: Die eindimensionale Wahrnehmung von Menschen als Angehörige einer Nation, Rasse, Klasse oder eben einer Kultur bzw. Religion ist nicht nur wirklichkeitsfremd, sondern brandgefährlich. Wer als Parteigänger einer bestimmten »Kultur« vorhandene oder potenzielle Konflikte unter einseitiger Schuldzuweisung aufbauscht, kann eine konfliktsteigernde Teufelspirale in Gang setzen und die self-fulfilling prophecy bis hin zum Crash herbeireden. Nach Nine Eleven war Huntington prompt mit dem alarmierenden Artikel »The Age of Muslim Wars« zur Stelle: »Muslim wars have replaced the cold war as the principal form of international conflict. These wars include wars of terrorism, guerrilla wars, civil wars and interstate conflicts. These instances of Muslim violence could congeal into one major clash of civilizations between Islam and the West or between Islam and the Rest.« (Newsweek, 17.12.2001, p.8). Diese, durch suggestive Bilder unterstützte Kernaussage des Artikels ist geeignet, Sens Befund womöglich noch zu steigern. Das neu zugespitzte Feindbild diente den Kriegstreibern der Bush-Administration als willkommener Steilpass für ihren »Krieg gegen den Terrorismus«.

Das grössere, anspruchsvollere Werk *Die Idee der Gerechtigkeit* ist dem Andenken an John Rawls gewidmet, dessen bahnbrechendes Buch *A Theory of Justice* (1971) wie kein anderes die Debatte über politische Ethik bis heute prägt. Sen hält ihn für den bedeutendsten politischen Philosophen unserer Zeit, und er schätzt ihn in hohem Maß als Lehrer, Kollegen und Freund. Dennoch widerspricht er ihm in wesentlichen Punkten. Es sind vor allem vier Gegenpositionen: Erstens stellt Sen den absoluten Vorrang der Freiheit in Frage; es sei nicht einzusehen, warum jeder Freiheitsverletzung eine höhere Bedeutung zukommen solle als beispielsweise dem Verhungern, dem Mangel an sauberem Wasser oder der ungenügenden medizinischen Versorgung. Zweitens kritisiert er die Fixierung auf gerechte Institutionen unter Vernachlässigung ergebnisorientiert-vergleichender

Analysen. Trotz eines Kapitels über »Institutionen und Personen« vermisst man bei Sen eine klärende Unterscheidung personorientierter und resultatorientierter politischer Ethik im Gegenüber zur institutionenorientierten. Drittens attackiert er in Rawls Theorie die Fokussierung auf Gerechtigkeitsgrundsätze im Rahmen einer isolierten Nation; dieser »provinzielle« Approach ignoriere die globalen Probleme und Wechselbeziehungen. Tatsächlich schrumpft der spätere Versuch von Rawls zu einer globalen Ethik in *The Law of Peoples* (1999) auf einen entmutigenden Minimalismus. Viens schlägt Sen an Stelle des Grundgüter- oder Ressourcenansatzes seinen in früheren Schriften entwickelten Capability-Ansatz vor; entscheidend sei die Fähigkeit, Grundgüter wie Einkommen und Vermögen in tatsächliche Lebensqualität zu konvergieren; ein Invalider sei im Vergleich zu einem Gesunden nicht begünstigter, weil er reicher ist. Ganz allgemein geht es Sen im Gegensatz zu Rawls nicht um den Entwurf idealer Gerechtigkeit, sondern darum, reale Ungerechtigkeiten zu verhindern, zu beseitigen oder mindestens zu mildern. Aber: Kann man reale Ungerechtigkeiten erkennen, ohne eine ideale Gerechtigkeitsvision im Hinterkopf zu haben?

Sens Werk erschöpft sich jedoch keineswegs in einer Auseinandersetzung mit Rawls. Es lädt auf weiten Strecken zu einem *Tour d'horizon* eigener wirtschaftswissenschaftlicher Forschungserträge ein. Wichtige Ausgangspunkte sind dabei die Social Choice-Theorie von Kenneth Arrow und die Wirtschaftsethik von Adam Smith. Erstere versteht er als kritisch geprüfte Wahl. Rationale Wahl beruhe auf Gründen, die kritischem Nachdenken standhalten. Sie schliesse engagierte Solidarität nicht aus. In aller Schärfe verurteilt Sen den immer noch vorherrschenden Mainstream in der modernen Ökonomie, alle Beweggründe ausser dem Eigennutz zu ignorieren. Viele Ökonomen missverstünden Adam Smith, indem sie sich an den einen Satz aus *The Wealth of Nations* klammerten, wonach die Metzger, Brauer und Bäcker ihre Waren nicht aus Menschen-, sondern aus Eigenliebe anbieten, bzw. die Konsumenten Fleisch, Bier und Brot ebenfalls nicht aus Nächstenliebe, sondern im eigenen Interesse kaufen. In diesem Beispiel gehe es lediglich um die Motivation bei einem Tauschgeschäft, nicht um Verteilung oder Produktion. Smith habe in *The Theory of Moral Sentiments* auch andere Motive wirtschaftlichen Verhaltens

erkannt, insbesondere Mitgefühl, Grosszügigkeit und Gemeinsinn. Smiths unparteiischer Beobachter ermögliche eine »offene Unparteilichkeit«, welche auch die Einschätzung Aussenstehender berücksichtige. In der »Identitätsfalle« tönt es noch schärfer: Die neunmalklugen Ökonomen, die rationales und egoistisches Verhalten gleichsetzen, müssten Mahatma Gandhi, Martin Luther King, Mutter Teresa und Nelson Mandela zu riesigen Idioten erklären und den Rest der Menschheit zu kleineren Idioten. Unter den gängigen Ethikkonzepten lehnt Sen die Rational Choice-Theorie im Sinne der Maximierung des Eigennutzes und den Utilitarismus im Sinne der Maximierung des Gesamtnutzens ab, bleibt aber sowohl für die Deontologie als auch für den Konsequentialismus offen.

Unbefriedigend scheinen dem Rezensenten die Ausführungen zur Demokratie. Sen wendet sich gegen das »ältere, eher formale« Demokratieverständnis der »Institutionengläubigen«, welche diese Staatsform allein durch Wahlen und Abstimmungen definieren würden. Er begreift Demokratie demgegenüber als »Regierung durch Diskussion«, welche den öffentlichen Vernunftgebrauch ermöglicht und fördert. Nichts gegen die Anknüpfung an den prozedural-deliberativen Demokratiebegriff von Jürgen Habermas. Aber Sens »*government by discussion*« ist insofern zu hinterfragen, wer denn zur Diskussion zugelassen ist: Wenige? Viele? Die Privilegierten? Die Reichen? Die Eigentümer? Die Steuerzahler? Die Gebildeten? Alle erwachsenen Staatsbürger? Alle erwachsenen Bewohner eines Landes? Das allgemeine Wahlrecht scheint Sen nicht zu kümmern. So kann er das *Cliché* von den USA als der zwar unvollkommenen, aber immerhin »ältesten Demokratie der Welt« weiter kolportieren. Gewiss haben sich die Gründungsväter der Vereinigten Staaten, die Abgeordneten des Philadelphia Convents, die Federalists, die Antifederalists, die Privilegierten im neugegründeten Bundesstaat auf bewundernswertem intellektuellen Niveau im öffentlichen Vernunftgebrauch geübt, freilich nicht ohne Vernachlässigung der eigenen Interessen als Grossgrundbesitzer, Sklavenhalter, Händler usw. Aber die Ureinwohner, die Sklaven, die Mulatten, die unteren sozialen Schichten auch der »Weissen« und die Frauen hatten in der angeblich ältesten Demokratie der Welt keine Stimme. Allgemeine, freie, gleiche und periodische Wahlen gehören zur unab-

dingbaren Kernsubstanz der Demokratie. Dass freie Wahlen auch Meinungsäußerungsfreiheit, Medienfreiheit, Versammlungsfreiheit, Vereinigungsfreiheit, Fairness im Wahlkampf sowie Massnahmen gegen Wahlmanipulation, Wahlfälschung und plutokratische Einflüsse usw. voraussetzen, wissen auch die »Institutionengläubigen«.

Das Faszinierendste in beiden Büchern ist aus der Sicht des Rezensenten der Einbezug der Geistesgeschichte nichtwestlicher Gesellschaften, vor allem Indiens. Obwohl der europäischen Aufklärung verpflichtet, setzt Sen einen Kontrapunkt zur »provinziellen Beschränktheit« des Mainstreams der westlichen politischen Philosophie der Gegenwart. Er zeigt, dass gleichartige oder verwandte Gerechtigkeitsvorstellungen zu verschiedenen Zeiten in verschiedenen Teilen der Welt anzutreffen sind. Im 6. Jahrhundert v. Chr. befreite Buddha die Sklaven und Schuldknechte, lehrte, dass Macht verpflichtet, und predigte die Gewaltlosigkeit, – so wie 600 Jahre später Jesus oder im 20. Jahrhundert der Hindu Mahatma Gandhi. In der zwischen dem fünften und zweiten vorchristlichen Jahrhundert entstandenen Bhagavad Gita, einem der grundlegenden Texte des Hinduismus, findet sich das berühmte Streitgespräch zwischen dem Heerführer Arjuna und seinem Ratgeber Krishna, das die späteren Ethikkonzepte des Konsequentialismus und der Deontologie vorwegnimmt. Die altindische Rechtslehre unterschied zwei Gerechtigkeitsbegriffe: *niti* betont die Bedeutung gerechter Institutionen und Verhaltensweisen, wie dies in der europäischen Neuzeit von Hobbes, Locke, Rousseau, Kant und Rawls vertreten wird; *nyaya* orientiert sich am realen Leben, was Sen im Nachgang zu Adam Smith, Condorcet, J.S. Mill, Marx u.a. bevorzugt. Im 4. Jahrhundert v. Chr. vertraute Kautilya, der »indische Machiavelli«, auf institutionelle Regeln, um gutes Verhalten zu erzwingen. Im Gegensatz dazu liess der indische Kaiser Ashoka, ein Buddhist, im dritten vorchristlichen Jahrhundert Inschriften auf Felsplatten und Säulen mit Mahnungen zu einem gutem und gerechtem Leben anbringen, und er warb für Toleranz und Respekt gegenüber Andersdenkenden. Seine 2300 Jahre al-

te Sentenz könnte von Lessing stammen: »Wer seiner eigenen Gemeinschaft Ehrfurcht erweist, wegen seiner Verbundenheit mit ihr jedoch die Glaubensgemeinschaften anderer ganz und gar missachtet, der fügt in Wahrheit seiner eigenen Gemeinschaft schwersten Schaden zu.« Um 1600 proklamierte der muslimische Grossmogul Akbar im indischen Agra die Religionsfreiheit, forderte Toleranz und Respekt gegenüber anderen Kulturen und initiierte den Dialog zwischen Moslems, Hindus, Jainisten, Christen, Parsen, Juden, Agnostikern und Atheisten: »Projekt Weltethos« *avant la lettre!* In dieser Zeit trieben im »christlichen« Europa Anti-Judaismus, Anti-Islamismus, innerchristliche Konfessionskriege und die Inquisition ihr Unwesen. Sen verweist auch auf die Pionierleistungen Chinas, Indiens und islamischer Hochkulturen in Wissenschaft, Philosophie und Technik, wovon der Westen nachhaltig profitierte. So gelingt es ihm überzeugend, das Vorurteil einer umfassenden Überlegenheit des Westens zu zerstreuen. Sen erinnert auch daran, dass der Aufstieg des Westens in der Neuzeit zur globalen Übermacht eng mit dem Kolonialismus verknüpft ist, was in den betroffenen Ländern Asiens, Mittel- und Südamerikas sowie Afrikas verständlicherweise antiwestliche Ressentiments hinterlassen hat.

*Die Idee der Gerechtigkeit* von Amartya Sen wird meistens als »Anti-Rawls« gehandelt. Das ist eine unzulässige Verkürzung. Sens herausragende intellektuelle Leistung nicht nur in den beiden hier besprochenen Büchern, sondern allgemein, sehe ich, abgesehen von der scharfen Zurückweisung konfliktfördernder, ökonomistischer und utilitaristischer Verengungen, in der nachdenklichen, klugen, weisen, undogmatischen Vermittlung zwischen verschiedenen Gerechtigkeitsvorstellungen, wissenschaftlichen Disziplinen und traditionellen Kulturen. Sein Bemühen, die Mächtigen in die Pflicht zu nehmen und den Ohnmächtigen eine Stimme zu geben, erweist ihn als liebenswürdigen Menschenfreund.

Alois Riklin